



VERFOLGT UM SEINETWILLEN?

Brennende Kirchen und Tote in Orissa, blutige Überfälle in Nigeria, die Todesstrafe in Saudi-Arabien: Rund um die Welt zieht sich eine Spur der Diskriminierung, Verfolgung und Tötung von Christen. Keine andere Religion wird so stark bedrängt und verfolgt. Warum eigentlich?

Rund 100 Millionen Christen werden derzeit weltweit verfolgt, schätzt das internationale Hilfswerk Open Doors (auf Deutsch: Offene Türen), das für bedrängte und verfolgte Christen tätig ist. Andere Quellen nennen gar 200 Millionen Menschen. Genaue Zahlen gibt es nicht, doch mit Hilfe eines 50-teiligen, detaillierten Fragenkatalogs erstellt die überkonfessionelle, aber den Evangelikalen nahe stehende Organisation Open Doors jährlich einen Weltverfolgungsindex, der als eine der meistgenutzten Quellen gilt, wenn es um eine Bestandsaufnahme der Religionsfreiheit und Christenverfolgung in den Ländern der

Erde geht. Auf den ersten Plätzen in diesem Jahr, wie in vielen zuvor: Nord-Korea, Iran und Saudi-Arabien.

Das Phänomen Christenverfolgung ist so alt wie das Christentum selbst. Schon Jesus hat seinen Jüngern angekündigt, dass sie um seinetwillen verfolgt werden würden. In unserer Zeit steigt – zumindest in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung – rund um die Welt die Zahl der bedrängten und verfolgten Christen beständig an. Von der größten Christenverfolgung aller Zeiten spricht der Leiter von Open Doors, Markus Rode: „95 Prozent aller religiös Verfolgten sind derzeit Christen.“

Umstritten ist allerdings unter Experten, wann man tatsächlich von Christenverfolgung sprechen kann. Dr. Otmar Oehring, der Menschenrechtsexperte des Internationalen Katholischen Missionswerkes missio Aachen, mahnt, diesen Begriff nicht leichtfertig oder vorschnell zu benutzen. „Von Christenverfolgung kann man nur sprechen, wenn Christen gesellschaftliche oder staatliche Benachteiligung erfahren, die systematisch, also planmäßig, erfolgt und wenn sie aufgrund ihres Christseins eine existenzielle Bedrohung erfahren.“ Insgesamt sei es wichtig, auf Pauschalisierungen zu verzichten, sowohl im Hinblick auf Zahlen als

„Von echter, systematischer Christenverfolgung ist nur selten zu sprechen.“

Otmar Oehring, Menschenrechtsexperte missio Aachen

auch auf geografische Räume. Stattdessen müsse jeder Einzelfall betrachtet und bewertet werden.

Als Beispiel nennt Oehring die Ausschreitungen im indischen Bundesstaat Orissa, bei denen im Jahr 2008 circa 50 000 Menschen Opfer gewalttätiger Übergriffe geworden sind. 90 Christen wurden laut Oehring getötet, Kirchen sowie Häuser und Geschäfte von Christen niedergebrannt. Zehntausende mussten fliehen. Insgesamt leben in Indien aber zwischen 30 und 40 Millionen Christen. Angesichts dessen, so Oehring, „macht es einen gewaltigen Unterschied, ob man davon spricht, dass in Indien Christenverfolgung herrscht, oder ob man sagt, in Orissa sind 50 000 Christen wegen ihres Christseins Opfer von Verfolgung geworden“.

Christen im Visier: Zehn Gründe

Es gehe dabei nicht darum, die Verfolgung einzelner Christen oder einer Gruppe von Christen zu relativieren, betont Oehring. Natürlich sei jedes einzelne Opfer zu beklagen. „Es ist aber für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit in einem bestimmten Land von großer Bedeutung, dass man den Einzelfall anprangert, gleichzeitig aber keine Pauschalurteile abgibt.“

Oehring sieht auch Vorsicht geboten im Umgang mit dem Begriff und den Zahlen zur Christenverfolgung, weil evangelikale, aber auch fundamental-katholische Hilfswerke und Organisationen das Thema für ihre Zwecke instrumentalisieren würden. „Zahlenmaterial ist nur schwer zu erheben“, gibt er zu bedenken und ergänzt: „Es wird im Interesse der Sache auch mal nach oben aufgerundet.“

Oehring bevorzugt in der Regel den englischen Begriff „harrassment“, der sich mit Bedrängung übersetzen lasse. Von echter, systematischer Christenverfolgung sei nur selten zu sprechen, etwa im Irak. Dort werden Christen seit Jahren systematisch diskriminiert, bedroht, verhaftet und dazu gedrängt, das Land zu verlassen.

Alle drei Minuten wird irgendwo auf der Welt ein Mensch getötet, weil er Christ ist, verzeichnet das konservativ-katholische Internet-Lexikon Kathpedia. Weil er Christ ist? Experten, die sich mit dem Thema Christen in Bedrängnis befassen, mahnen zur differenzierten Betrachtung. Oft ist die Zugehörigkeit zum Christentum nur ein – dazu noch vorgeschobener – Grund für die Ausgrenzung, Diskriminierung oder Ermordung von Menschen. Ausschlaggebend sind häufig politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Gründe, sagt etwa Professor Dr. Thomas Schirmacher, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, Kapstadt, und Leiter des Martin Bucer Seminars, Bonn. In seinem Buch „Christenverfolgung heute. Die vergessenen Märtyrer“ schreibt er, dass „eine meist verwirrende und undurchsichtige Verschränkung mit den Problemen der jeweiligen Kultur und Gesellschaft vorliegt“. Gleichwohl nennt Schirmacher, der wie Oehring als Gutachter den Deutschen Bundestag in Fragen der Religionsfreiheit und Menschenrechte berät, zehn Gründe, warum gerade Christen immer wieder ins Visier genommen werden:

- Das Christentum ist die mit Abstand größte Weltreligion und deswegen von Menschenrechtsverletzungen, die sich auf die Religion der Betroffenen beziehen,

auch am häufigsten betroffen.

- Das Christentum wächst derzeit am stärksten in Ländern, die die Menschenrechte nicht achten, zum Beispiel in China oder etlichen Ländern Afrikas.

- Das Christentum erlebt – insbesondere in seiner evangelikalen Form – ein phänomenales Wachstum in nichtchristlichen Ländern weltweit; das bedroht zunehmend die Stellung der Mehrheitsreligion in zahlreichen Ländern.

- Das Christentum hat in den letzten Jahrzehnten eine starke Entwicklung hin zum Verzicht auf Gewalt und politischen Druck und damit hin zu inhaltlicher Überzeugungsarbeit und friedlicher Mission durchgemacht.

- Länder, die in der Vergangenheit kolonisiert waren, suchen in der Wiederbelebung und Förderung der angestammten religiösen Traditionen ihre eigene Identität und gehen zunehmend rechtlich und/oder mit Gewalt gegen „fremde“ Religionen vor.

- Es gibt in vielen Ländern eine zunehmende Verknüpfung von Nationalismus und Religion, die zur Unterdrückung unerwünschter Religionen im Land führt.

- Das Christentum ist vielerorts eine laute und unbestechliche Stimme für Menschenrechte und Demokratie geworden.
- Die Friedlichkeit der christlichen Kirchen, die oft sogar als echter Pazifismus

in Erscheinung tritt, lädt dazu ein, Gewalt auszuüben, da kein Widerstand zu befürchten ist.

- Christen werden oft mit dem verhassten Westen gleichgesetzt.
- Die Internationalität des Christentums wird als Gefahr empfunden.

Um ein konkretes Beispiel zu geben: In der Türkei gibt es laut Schirmmacher ein in der Bevölkerung „weit verbreitetes ‚Allgemeinwissen‘“, dass der amerikanische Geheimdienst CIA 25 000 Missionare im Land im Einsatz habe, „um einen Umsturz vorzubereiten oder die Türken vom Türkensein weg-

zubringen“. Dieses herrschende Vorurteil ist ein Beleg dafür, wie gut anti-christliche Propaganda funktionieren kann.

Der Missionsauftrag macht Regimen Angst
Auch wenn der jeweilige Staat, in dem Christen bedrängt werden, nicht immer direkt Anteil daran hat, so werden Übergriffe gegen Christen durch fundamental-nationalistische oder fanatisch-religiöse Bevölkerungskreise häufig von Regierungen toleriert. Die Mechanismen der Christenbedrängung oder -verfolgung sind oft dieselben: Am Anfang werden Christen häufig öffentlich diffamiert, etwa durch Desinformation und eine breite Streuung von Gerüchten, die sie in Misskredit bringen. Oft geschieht dies auch durch die of-

fiziellen, regimenahen Medien eines Landes.

Eine Mischung von Ursachen für die Bedrängung von Christen sieht auch Oehring: In einem christlichen Dorf im Nahen Osten finde man beispielsweise Armut, aber auch eine relativ gute Organisation – in einem muslimischen Dorf ebenfalls Armut, aber keine gute Organisation, erläutert der Menschenrechtsexperte. „Dazu kommen oft Bildungsunterschiede“, so Oehring weiter. „Christen schicken ihre Kinder in Schulen, wenn möglich in gute Schulen. Die machen später Karriere und sind in den Spitzenpositionen der Wirtschaft stark vertreten. Das weckt Neid und Missgunst.“

Im Wesentlichen ereignen sich Bedrängnis und Verfolgung auf der sozialen Ebene:

„Wie verantwortlich ist es, wenn Evangelikale in einem Land wie Nord-Korea Mission betreiben?“

Otmar Oehring, missio-Menschenrechtsexperte

Christen werden in vielen Ländern etwa bei der Schulbildung benachteiligt und im Arbeitsleben behindert, von der Erbfolge ausgeschlossen und im Glaubensleben eingeschränkt, Gemeinden werden zum Teil in den Untergrund gedrängt. In manchen Ländern werden Christen als psychisch krank diffamiert und in Kliniken interniert, in anderen werden sie in Arbeitslager gesteckt oder sind willkürlich Verhaftungen und langen Haftzeiten ausgesetzt. Im Extremfall kommt es zu körperlicher Gewalt, Folter und Ermordung von Christen.

Am meisten Angst macht vielen anti-christlichen Regierungen oder Volksgruppen der missionarische Auftrag, der allen Christen gegeben ist, seit Jesus die Jünger ausgesandt hat mit den Worten „Geht hinaus in die ganze Welt und verkündet das Evangelium allen Geschöpfen“. „Die chinesische Regierung hat Panik davor, irgendeine einflussreiche Organisation im Land könnte aus dem Ausland ferngesteuert sein“, nennt Schirmmacher ein Beispiel.

Manches, vor allem US-amerikanische, evangelikale Missionswerk trete tatsächlich so auf, als gebe es eine weltweite christliche Eroberungsstrategie, so Schirmmacher weiter. Das fast rund um die Erde reichende Netz evangelikaler Fernseh- und Radiosender bestätigt diesen Eindruck. „Wenn man zum Beispiel Missionsveranstaltungen wie früher üblich weiter ‚crusade‘ (Kreuzzug) nennt, darf man sich nicht wundern, dass viele diesen Begriff wörtlich nehmen“, sagt Schirmmacher.

Vernünftige Zurückhaltung in der Mission

Der Theologe warnt aber auch davor, Mission vorschnell als Ursache für Verfolgung anzusehen: „In der Türkei haben die nichtmissionierenden Kirchen genauso wenig Rechte wie die missionierenden“, sagt er gegenüber kontinente, „im Irak und in Ägypten werden Kirchen bedroht, die seit Jahrhunderten

nicht missionierten.“ Außerdem müsse man bedenken, dass manche islamische und andere Staaten schon jede öffentliche Betätigung als Christ, wie etwa den Besuch des Gottesdienstes oder den Verkauf von Bibeln in Buchhandlungen, als Mission ansehen. „Man darf nicht Feinden der Religionsfreiheit überlassen, festzulegen, was eigentlich Mission ist“, betont Schirmmacher.

Unbestritten lassen Missionseifer und der Wunsch, anderen durch die Verkündigung der Frohen Botschaft zu einem besseren Leben zu verhelfen, manchen evangelikalen Missionar über das Ziel hinausschießen: Da werden etwa Bibeln in Länder geschmuggelt, in denen der Verkauf verboten ist, oder Andersgläubige wie Muslime offensiv zur Konversion ermuntert, auch wenn es für diese tödlich sein kann, da die Scharia für den Abfall vom Islam (Apostasie) die Todesstrafe vorsieht.

„Wie verantwortlich ist es, wenn Evangelikale in einem Land wie Nord-Korea Mission betreiben?“, nennt Oehring ein anderes Beispiel. „Man muss sich eine vernünftige Zurückhaltung auferlegen.“ Vor allem in einem totalitären Staat wie Nord-Korea. Man müsse bei den Evangelikalen aber auch unterscheiden zwischen denen, „die junge Frauen in den Jemen schicken – die dann dort ermordet werden – und denen, die vorsichtig agieren und nicht gleich taufen“, so Oehring weiter. „Es soll schon Mission betrieben werden, aber es muss ein Angebot sein. Diejenigen, die konvertieren wollen, müssen um die Schwierigkeiten wissen – vom Verlust der Arbeit über den sozialen Selbstmord bis zum Mord.“

Schirmmacher fordert, den einheimischen Christen die Entscheidung zu überlassen, welche missionarische und christliche Arbeit in ihrem Land möglich ist. „Sie wissen oft am besten, was noch geht, und was nicht“, sagt er. Oft gebe ein falsches Menschenrechtsverständnis aus einer Kultur – der westlichen

zum Beispiel – vor, was andere als Freiheit erstreiten müssten. „Das finde ich besonders oft im amerikanischen Raum“, sagt Schirmmacher. Christen in China verzichten etwa auf öffentliche Auftritte auf Marktplätzen, weil es gefährlich und kulturell unpassend ist. „Dann ist es falsch, darauf zu verweisen, wie wichtig das öffentliche Versammlungsrecht oder das Demonstrationsrecht ist.“

Es geht um Religionsfreiheit

Was kann man tun gegen Bedrängnis oder Verfolgung von Christen? Einig sind sich die Experten, dass man auf internationaler Ebene und breiter Basis für Religionsfreiheit eintreten muss. In der Regel gehe es dort, wo manche Nichtregierungsorganisationen von Christenverfolgung sprechen, um Beschränkungen der Religionsfreiheit, erläutert Oehring.

In vielen Ländern Afrikas und Asiens gebe es mehr oder weniger starke Beschränkungen der Religionsfreiheit des Einzelnen oder der Glaubensgemeinschaft. „Selbst wenn Christen das Recht auf eigene Kirchengebäude, eine eigene Ausbildung von Geistlichen und einen eigenen Religionsunterricht versagt wird, handelt es sich ‚lediglich‘ um eine massive Beschränkung der kollektiven Religionsfreiheit, aber nicht um Verfolgung, da es sich um keine existenzielle Bedrohung handelt.“ Die sei erst dann gegeben, wenn die Unversehrtheit von Leib und Leben bedroht oder verletzt wird.

Es gilt, international auf politischer Ebene und im Dialog mit Wirtschaftskontakten und Handelspartnern das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht einzufordern, dass alle Menschen ihre Religion frei wählen und damit auch wechseln dürfen. Die meisten Staaten der Erde haben die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ratifiziert – doch in vielen Ländern werden sie nicht geachtet, sondern verletzt. **hm**



Illustration: www.jensmaraweber.de